Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden. Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, ist es durch aber ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Arbeit, Wissen, Humor", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 1.95 M., zuzüglich 45 Pf. Bringerlohn. Postbezug 1.95 M zuzügl. Post- u. Zustellungsgeb. 84 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 361 und 12 707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.00 M. Für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederl. 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 205 | Dresden, Donnerstag, den 3. September 1931 | 42. Jahrgang

Die gefährliche Sparsamkeit

Dietrich und die Bauwirtschaft

Wie bereits gemeldet wurde, wird in den Richtlinien über die Durchführung der Notverordnung über den Ausgleich von Ländern und Gemeinden, die der Reichsfinanzminister versandt hat, den Ländern und Gemeinden empfohlen, vor allem an Personalkosten zu sparen. Soweit es sich dabei um die Herabsetzung der höheren Gehälter handelt, die auch angeraten wird, ist sicher dagegen nichts einzuwenden. Aber es wird den Gemeinden und Ländern auch empfohlen, Entlassungen von Arbeitern und Angestellten vorzunehmen und die Urlaubsbestimmungen zu revidieren. Ferner sollen möglichst Bautenunterlassen werden, und dazu sollen dann noch Ersparnisse bei den Schulen und bei den Fürsorgelasten kommen. Der Reichsfinanzminister erklärt u. a., bei der Lage des Reiches werde er außerstande sein, den Ländern für die Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge außer etwa in Fällen einer Notverschuldungsaktion oder eines Sonderzuschusses zu den Kosten der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge eine finanzielle Hilfe zu leisten.

Bei dem Stand der öffentlichen Finanzen mögen viele der vorgeschlagenen Sparmaßnahmen unvermeidlich sein, aber sie kommen selbstverständlich darauf hinaus, daß die Zahl der Arbeitslosen immer größer wird. Deutlich ist ja vor allen Dingen in dieser Beziehung die Sparsamkeit auf dem Gebiete der Bauwirtschaft, deren starke Einschränkung wir ja zu einem großen Teil den verfehlten Maßnahmen der Reichsregierung zu verdanken haben. Auf einer Kundgebung der Staatspartei hat jetzt wieder der Finanzminister Dietrich eine Rede gehalten, in der er zugab, daß die Bauwirtschaft und deren Erliegen einen Hauptteil der Arbeitslosigkeit hervorgerufen habe. Man habe aber den Häuserbau in der bisherigen Art nicht fortführen können, weil sonst der Althäuserbesitz völlig entwertet werde und außerdem die Gefahr bestehe, daß das in den Neubauwohnungen investierte Kapital verlorengeht. Der Altbesitz müsse aber wieder lebensfähig gemacht werden.

Was die Neubauwohnungen anbelangt, so wäre es durchaus kein Unglück, wenn man einen Teil des dort angelegten Kapitals, nämlich den Teil, der aus öffentlichen Mitteln stammt, für verloren ansehen müßte. Daß man im Laufe der letzten Jahre Wohnungen für über eine Million Menschen und Arbeit für Hunderttausende von Bauarbeitern schaffen konnte, ist ein solcher Gewinn gewesen, daß es von ganz untergeordneter Bedeutung ist, ob man einen Teil des dabei verwandten Kapitals rein rechnungsmäßig als verloren ansehen muß. Die Hauptsache ist, daß wir die Wohnungen, die wir so notwendig brauchen, haben. Der Althausbesitz aber ist durch das bisherige System in der Wohnungswirtschaft auch nicht völlig, sondern nur zum Teil entwertet worden, und es ist so den Hausbesitzern im allgemeinen höchstens ebensoschlecht gegangen wie ihren Hypothekengläubigern, und meist noch sehr viel besser als einem großen Teil der kleinen Sparer und Rentner, die durch die Inflation so ziemlich alles verloren.

Wenn man den Wohnungsbau zum großen Teil lahmlegt, um den Hausbesitzern eine Extrawurst zu braten, so ist das eine schwere Sünde wider die ganze Volkswirtschaft. Der Schaden, der schon angerichtet wurde, ist wahrlich groß genug, wahrscheinlich hätten wir heute viele hunderttausend Arbeitslose weniger, wenn man nicht den Wohnungsbau in so weitem Umfange eingeschränkt hätte.

Die zurückgestellte Zollunion

Genf, 3. September. (Eig. Funkspr.)

In der Europakommission beginnen am Donnerstag die Verhandlungen mit der allgemeinen Aussprache über den Bericht des Koordinationskomitees. Bei dieser Gelegenheit werden Vizekanzler Schober und Dr. Curtius in Form von Ansprachen unabhängig voneinander die Zurückstellung der deutsch-österreichischen Zollunion mitteilen. Für diesen Vorgang ist weder ein festes Verfahren noch eine gemeinsame Erklärung vereinbart worden.

Aus den vielen Verhandlungen der beiden letzten Tage ging hervor, daß sich der Völkerbundsrat bereits am Freitag mit der Finanzhilfe für Oesterreich und am Montag nächster Woche nach der zweiten Sitzung der Vollversammlung mit dem am Sonnabend eintreffenden Gutachten des Haager Gerichtshofes über die Zollunion befassen wird.

*

Es kann jetzt kein Zweifel daran sein, daß für absehbare Zeit an die deutsch-österreichische Zollunion nicht zu denken ist. Die Verwirklichung dieses Gedankens muß schon daran scheitern, daß zum mindesten Oesterreich sehr stark auf die französische Hilfe angewiesen ist und es deswegen auf einen starken Konflikt mit Frankreich nicht ankommen lassen kann. Wir haben seinerzeit betont, daß wir es für einen Fortschritt in der Richtung zur Einigung Europas halten würden, wenn eine Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich zustande käme und damit mit der Niederlegung von Zollschranken in Europa wenigstens ein Anfang gemacht würde.

Die Wirkungen, die das Bekanntwerden der deutsch-österreichischen Zollunionspläne hervorrief, haben aber gezeigt, daß wir es hier mit einem Streich der deutschen Diplomatie von fabelhafter Ungeschicklichkeit zu tun haben. Das Zollunionsprojekt hat dazu beigetragen, unsere Beziehungen mit Frankreich zu verschlechtern, hat den Nationalisten in Frankreich Anlaß gegeben, die Stimmung in ihrem Lande gegen Deutschland aufzupeitschen.

Und so wünschenswert eine deutsch-österreichische Zollunion sein mag, sehr viel wichtiger für den Frieden Europas ist eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, und die deutsche auswärtige Politik muß möglichst alles vermeiden, was die Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern verschlechtern kann. Ehe man mit dem Zollunionsplan hervortrat, hätte sich die deutsche Regierung darüber vergewissern müssen, wie dieses Projekt in Frankreich aufgenommen wird. Hätte man erfahren, daß man auf einen derartigen Widerstand stoßen würde, so mußte man von vornherein die Hände davon lassen, um so mehr, als man sich sagen mußte, daß gegen den französischen Widerstand der Zollunionsplan doch nicht durchzuführen ist. Aber man hatte offenbar im deutschen Auswärtigen Amt den Ehrgeiz, sich wieder mal als starker Mann aufzuspielen, so zu tun, als ob man sich von den andern Regierungen nicht hineinreden ließe und machen könnte, was man wollte. Die ganze Geschichte ist nun ziemlich kläglich ausgegangen und hat die außenpolitische Stellung Deutschlands sicher nicht gestärkt. Kurz und gut, es war kein Heldenstück, aber so geht es immer, wenn man sich auf Unternehmungen einläßt, ohne vorher genau zu prüfen, ob sie bei den einmal gegebenen Machtverhältnissen auch durchführbar sind.

Durch Nazis gemordet

D. Erich Zilinski, unser lieber Kampfgenosse, der Unterbezirkssekretär der Sozialdemokratischen Partei für Elbing, weilt nicht mehr unter den Lebenden. An den Folgen eines Ueberfalls nationalsozialistischer Meuchelmörder ist er, erst am Anfang seines dritten Lebensjahrzehnts stehend, in Deutsch-Eylau verstorben, seine Frau und zwei kleine Kinder und seine Parteifreunde in tiefstem Schmerz zurücklassend.

In restloser Arbeit hat Zilinski im Kreise Fischhausen, dann im Unterbezirk Elbing gewirkt. Als er eine Versammlung in Seerappen abhielt, überfiel Nazigesindel die Versammlung. Als Zilinski sich schützend vor die Frauen stellte, wurde er niedergeschlagen. An den Folgen der Verletzungen ist er gestorben.

*

Bürgerkriegsrüstungen

Koblenz, 2. September. (Eig. Drahtb.) Die Polizei beschlagnahmte in einer Wirtschaft, die von Nationalsozialisten viel besucht wird, eine Menge Waffen, u. a. Gewehre, Karabiner, Stahlhelme, Messer, Schlagringe, Gasmasken, zum großen Teil amerikanischer, russischer und englischer Herkunft. Der Besitzer der Wirtschaft ist Waffensammler und Waffenhändler. Sein Sohn gehört der SS.-Abteilung der Nationalsozialistischen Partei an. Die Polizei erblickt in der großen Menge der Waffen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit.

Hundert Jahre

Verfassungsfeier in Sachsen

Am 4. September 1831 erhielt Sachsen unter dem Druck breiter Volkskreise die erste Staatsverfassung. Mittelalterliche „Landtage" gab es schon seit Mitte des 15. Jahrhunderts. Man kann sie nicht entfernt vergleichen mit modernen Parlamenten, deren erste, bescheidenste Anfänge sie allerdings bedeuten. Diese „Landtage" wurden nicht gewählt, sondern irgendwie nach Willkür zusammengesetzt und berufen von dem jeweilig regierenden Fürsten. Der Absolutismus herrschte noch fast unbeschränkt. Die „Stände", wie man diese Körperschaften nannte, dienten zunächst nur als Feigenblatt für souveräne Wünsche und Absichten. Zu dem Zwecke nur wurden sie berufen, meist wenn der Herrscher notwendig Geld brauchte. Schließlich riß aber auch dieser Art „Volksvertretung" die Geduld, wenn es zu arg getrieben wurde. So kam es gegen Ende des siebzehnten Jahrhunderts zu einem ernsten Konflikt zwischen dem verschwenderischen August dem Starken und den Ständen, der ihre etwas größere Selbständigkeit zur Folge hatte. Die Herren vom Feudaladel, die Ritter, Grafen, Standesherren, Geistlichen und besonders die Vertreter der Städte sahen ihre eigenen Positionen durch die schrankenlose Willkür der regierenden Fürsten gefährdet.

Sachsen war bereits zu Beginn des achtzehnten Jahrhunderts ein wirtschaftlich und kulturell verhältnismäßig weit vorgeschrittenes Land. Und damals an Umfang etwa zweieinhalbmal so groß wie das heutige Sachsen. (Der größte Teil fiel nach dem Zusammenbruch der Herrschaft Napoleons an Preußen. Zur Strafe dafür, daß Sachsen an Napoleons Seite gekämpft hatte.) In der Verwaltung und Gesetzgebung aber herrschten höchst rückständige Verhältnisse. Die politische Entwicklung hatte nicht Schritt gehalten mit der wirtschaftlichen. Im Volke begann es zu gären! Der aufstrebende Kapitalismus verlangte Bewegungsfreiheit und Mitbestimmungsrecht. 1812 forderten die „Stände" das Budgetrecht. Sie wollten einen Haushaltplan über Einnahmen und Ausgaben des Staates aufstellen. Die Regierung reagierte darauf nicht. Die anderen schwiegen, die Sache versandete. Der gleiche Vorgang wiederholte sich sechs Jahre später. Auch ein drittes Mal, im Jahre 1821, verhielt sich die Regierung ablehnend. Die getreuen „Stände" ließen auch diesmal ihren Wunsch auf sich beruhen.

Doch die Entwicklung läßt sich nicht aufhalten. Das mußten die damaligen Machthaber und ihre allerunterthänigste Opposition bald erleben. Anläßlich der 300jährigen Jubelfeier der Augsburger Konfession kam es in Leipzig und Dresden zu großen Krawallen. Die Regierung hatte öffentliche Umzüge verboten. Das Volk ging trotzdem auf die Straße! Das war Anfang September 1830. Der verhaßte Minister von Einsiedel mußte abtreten, König Anton berief seinen Neffen zum Mitregenten. Dem Volke versprach man Reform des Polizeiwesens, eine Städteordnung und eine Verfassung. Unter dem Druck der Massen — auch in anderen Städten war es zu blutigen Zusammenstößen gekommen — wurden solche Konzessionen gemacht! — In diese Situation schlug die französische Julirevolution ihre Wellen, entfachte die Bewegung von neuem. Man konnte es nicht wagen, die gegebenen Versprechungen achtlos beiseite zu schieben. So kam es zur ersten Verfassung in Sachsen, deren Ausgestaltung allerdings weit hinter den Forderungen zurückblieb, die das liberale Bürgertum gestellt hatte. Sie war nicht mehr als eine winzige Abschlagszahlung. Die Fronen wurden beseitigt, die Gesindeordnung gemildert, die Adelsvorrechte beschnitten, die Steuerfreiheit der Rittergüter beseitigt. Der Landtag erhielt endlich das Budgetrecht. Das neue Wahlrecht für die beiden Ständekammern des Landtags war miserabel. Keine Spur von Gleichheit und Allgemeinheit. Mittelalterlich noch durch und durch. Von sonstigen Reformen und Gesetzen war die Städteordnung wohl das Wesentlichste. Jedenfalls blieb das Verfassungswerk Sachsens hinter dem andrer Länder, so der süddeutschen, weit zurück. Ein bedeutsamer Wendepunkt in der politischen Entwicklung Sachsens war und bleibt der Erlaß der Verfassung trotzdem!

Von da an tragen die schweren Verfassungskämpfe in Sachsen ganz überragend den Charakter eines Kampfes um freies Wahlrecht. In keinem anderen deutschen Lande — außer Oesterreich — sind sie so zähe und energisch geführt worden! Besonders seit die Arbeiterklasse in die politische Arena trat. — Scheinbare Ruhe, die nach 1831 eintrat, war die Stille vor dem Sturm. Die Bewegung riß eigentlich nie ganz ab, bis die Ereignisse von 1848 wiederum Sachsen in hervorragendem Maße ergriffen. Die Gegensätze zwischen wirtschaftlichen Bedürfnissen und rückständigen politischen Einrichtungen wurden immer schroffer. Am 12. August 1845 kam es in Leipzig zu einem blutigen Konflikt auf der Straße. Die Massen brachten dem Prinzen Johann — späteren König — vor dem Hotel

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19310903/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG